

daraus eine Hülse, die mit dem Streben nach den jeweiligen Freiheits- und Gleichheitsformen in einer Gemeinschaft gefüllt wird. Das ergibt einen Nexus aus Gemeinwille, Moral, Republikanismus, Politik und Recht; jedoch ohne Bürgern mehr als Eigeninteressen und einen Freihandelsgeist zu attestieren – außer, dass sie als einstimmige Entität das Gute bewirken. Dadurch wird ex negativo und demokratieskeptisch der Mehrheit der Bürgerschaft keine sonderliche Überlegenheit bei politischen Entscheidungen unterstellt. Bei Fichte ergibt sich dagegen ein Konnex aus Sittlichkeit, Recht, Republikanismus, Gemeinwohl, politischer Erziehung und Gleichheit. Das ist demokratischer und auf die Autonomie ausgerichtet, lässt aber (durch den starken Zentralstaat) Raum für Elitarismus. Selbst wenn Fichtes Gemeinwillensbegriff sich als nicht tragfähig herausstellt, hat er mehr demokratische Elemente als Kant, da er die Sittlichkeit und Erziehung zur Solidargemeinschaft der gesamten Bürgerschaft zuschreibt, damit sie zur demokratischen Bürgerschaft wird.

5.4 Fazit: Der doppelte Wandel der Demokratie im Deutschen Idealismus

Im Laufe der 1790er Jahre kam es in Deutschland – nach einer frühen Begeisterung für die revolutionären Werte – zu einer Desillusionierung aufgrund der *Terreur*, der Jakobinerdiktatur und der Herrschaft des Direktoriums. Anfang des 19. Jahrhunderts wurde dies nicht besser, als Napoléon I. bis 1806 das Heilige Römische Reich deutscher Nation zerschlug. Die Volksgesellschaften zerfielen im Linksrheinischen ab 1800, nachdem Frankreich die konstitutionellen Zirkel abgeschafft hatte.¹⁵¹ Das Rheinland wurde wieder in die deutschen Fürstentümer integriert, die cisrhenanische Republik wurde verhindert. Zwischen 1806 und 1814 keimten die Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit abermals auf. Sie wurden aber in den Kriegen gegen Frankreich (als vermeintlicher Befreiungskampf) zunehmend nationalistisch und oft antirevolutionär angewendet. Mit dem Wiener Kongress und der Restauration 1814/15 war es zunächst vorbei für demokratische Bestrebungen. Die deutschen Fürsten, befreit von der Autorität eines Kaisers und sich zum Deutschen Bund zusammenschließend, waren die Profiteure der Kriege.¹⁵²

Dennoch positionieren sich Kant, Schlegel und Fichte Ende des 18. Jahrhunderts aufseiten des Republikanismus. Zur ersten Hauptthese (die Aufwertung des Demokratiebegriffs) lässt sich zusammenfassend Folgendes festhalten: Für Kant ist der Terminus *Demokratie* pejorativ. Bei ihm ergibt sich ein Nexus aus individueller Freiheit, formaler Gleichheit und wirtschaftlicher Selbstständigkeit als Zugangsvoraussetzung zur Vollbürgerschaft. Daran anschließend formiert sich das semantisch-institutionelle Feld aus Republikanismus, Repräsentation, simulierter Volkssouveränität und Gewaltenteilung. Die *Demokratie* wird davon getrennt und semantisch assoziiert mit der *Despotie*, da die Volksmacht weder gewaltenteilend noch repräsentativ sein könne. Auch bei Fichte ergibt sich ein Nexus aus Freiheit (positiv wie negativ verstanden) und Gleichheit

151 Vgl. Kusch: Zentren des Republikanismus, S. 325.

152 Vgl. Süßmann: Vom Alten Reich zum Deutschen Bund, 1789-1815, S. 130-136/143.

(formal, politisch und teils sozial begriffen), aber angereichert durch die gegenseitige Anerkennung – statt der Selbstständigkeit. Aus ihr folgen die gewaltenteilte Republik, indirekte Volkssouveränität, negative Volksmacht, Repräsentation, aber auch »repräsentative Demokratie«. Was die Terminologie betrifft, zeigt sich die Besonderheit, dass Fichte um 1800 den republikanischen Frieden im geschlossenen Handelsstaat sieht. Bei Schlegel wiederum werden *Republikanismus* und *Demokratie* synonym verwendet. Der Demokratiebegriff wird aufgewertet. Dadurch ergibt sich ein Feld aus einer positiven wie negativen *Freiheit* und einer rechtlichen und politischen *Gleichheit*, aus der ein semantisches Feld aus *Republikanismus*, *Demokratie*, *Repräsentation*, *Frieden* und *Kosmopolitismus* folgt, durch das der Demokratiebegriff aufgewertet wird. Somit konnte gezeigt werden, dass abermals philosophiegeschichtlich einige entscheidende Diskursteilnehmer bereits in den 1790ern den Demokratiebegriff positiv verwenden. Aber in Deutschland kann sich im gesamten politischen Diskurs nicht einmal der Republikanismus als Norm oder Begriff im 18. Jahrhundert durchsetzen. Somit etabliert sich der Demokratiebegriff nicht. Eine Aufwertung dieser Begriffe bleibt weitgehend auf die Philosophie reduziert.

Das ist verbunden mit der zweiten Hauptthese zur Änderung des Demokratiekonzepts. Während Kant Repräsentation und Demokratie trennt, denkt Schlegel beides zusammen. Streng genommen kann man eher Schlegel als Vordenker der »repräsentativen Demokratie« klassifizieren, indem er (ähnlich wie Paine) eine evolutive Kontinuitätslinie aus klassischer direkter Demokratie und »repräsentativ-demokratischer Republik« unterstellt. Fundiert wird das Ganze, indem er die konventionelle Gleichsetzung von *Republik* und *Demokratie* mit volkssouveränen Prinzipien unterstreicht. Nichtdemokratisch wird dies aber, indem Schlegel eine Kombination aus Aristokratie und Demokratie in der Repräsentation präferiert und dabei nicht deutlich ausarbeitet, was eine »demokratische Repräsentation« konkret sein soll, wenn darin noch der Filterungsmechanismus der Wahl einer Elite vorliegt und der Autor gleichzeitig die Gleichheit, Freiheit und Nichtbeherrschung betont. Dennoch wird heute eher Kant als Vordenker der »repräsentativen Demokratie« gehandelt – trotz kategorischer Demokratiekritik. Denn Kant legt eine protoliberalen Theorie vor, die auf negativer Freiheit, Freihandel und Egoismus der Einzelnen fußt, aber nicht auf einer starken politischen Partizipation, sondern bestenfalls einer Partizipation in der Publizität, die aber keine politische Entscheidungsgewalt hat. Kants Republikanismus ist antidemokratisch, da er eine ökonomische Zugangsqualifikation zum Wahlrecht formuliert, die Repräsentation als Mechanismus, der die bürgerlichen Freiheiten schützt, begrüßt und den Gemeinwillen per rein fiktiver Volkssouveränität realisieren will.¹⁵³ Die von Kant vorgenommene Trennung von *Volkssouveränität* und *Demokratie* lässt sich nicht dauerhaft aufrechterhalten. Es wird schließlich als Demokratie verstanden werden, wenn ein System in irgendeiner Art die

153 Anders mag es sich mit der peremptorischen Republik verhalten, in der das Volk selbst das politische System als Souverän übernimmt. Doch dieses Ziel ist im Verhältnis zu seinem Besitzindividualismus, der zur politischen Ungleichheit führen muss, schwach formuliert. So kann man aus Kants Republik nur ein fernes demokratisches Potenzial herauslesen, das idealiter partizipatorischer ist als jede »repräsentative Demokratie«.

repräsentative Volkssouveränität für sich reklamieren kann. Andere moderne Prinzipien (wie Rechtsstaatlichkeit etc.) werden dagegen von Kant antizipiert. Rechtsstaatlichkeit ist mit einer Demokratie konzeptuell verträglich. Jedoch ist der Rechtsstaat selbst nicht genuin partizipatorisch oder demokratisch, aber eine Voraussetzung des modernen rechtlichen Egalitarismus. Menschenrechte werden im 18. Jahrhundert, wie Maus konstatiert, nicht per se als Schranken von Volkssouveränität als demokratische Selbstgesetzgebung konzipiert, sondern beide (Volkssouveränität und rechtsstaatlich garantierte Menschenrechte) werden als gegenseitige Optimierung und Ergänzung gedacht, indem Rechtsträger selbst entscheiden, was der konkrete Inhalt ihrer Rechte ist. Vor allem das Prinzip des »demokratischen Rechtsstaates« wird häufig auf Kant zurückgeführt, aufgrund der Kombination von Grundfreiheiten, Repräsentation und Gewaltenenteilung.¹⁵⁴ Die Verbindung dieser Elemente kommt bei allen drei behandelten Denkern vor. Entscheidend ist aber, dass bei ihnen keine Gleichursprünglichkeit expliziert wird und je nach Fokus (Individuum oder Kollektiv; positive oder negative Freiheit; politische oder nur rechtliche Freiheit; direkte oder indirekte politische Beteiligung) sich die Denker eher zugunsten der Rechtssicherung und des Erhalts privat-individueller Freiheiten oder der kollektiven Macht im Politischen (oder Sozialen) aussprechen, ohne dem anderen davon (Menschenrechte oder Volkssouveränität) das Existenzrecht abzusprechen. Somit stehen nicht alle deutschen Denker des 18. Jahrhunderts exakt in der Mitte zwischen beiden Prinzipien: Kants Republikanismus positioniert sich eher auf der individuell-negativen Seite, Fichte auf der kollektiv-positiven Seite und Schlegel dazwischen. Das zeigt, inwieweit die moderne Definition von *Republik* oder *Demokratie* die klassisch-demokratischen Normen von politischer Freiheit und Gleichheit der Partizipation eines *demos* in einer egalitären und inklusiven *polis* modernisieren oder das Original ersetzen. Hieran zeigt sich, dass Kants Primat der »moderne Republikanismus« ist, der Schutzrechte betont und Schlegel eher die klassische *isonomia* als Grundvoraussetzung demokratischer Verhältnisse hervorhebt. So versucht Schlegel eine Synthese aus klassischer Demokratie und modernem Republikanismus zu generieren.

Dabei erscheint Fichte mit seinem *Geschlossenen Handelsstaat* demokratischer als Kant, da er nicht vom rein egoistischen Individuum ausgeht, sondern von einer sozialen und rechtlichen Gleichheitsordnung, in der es mehr positive Freiheiten geben kann. Unterminiert wird das durch den zentralen Planungsstaat und der Absurdität vieler seiner konkreten Forderungen. Zudem wird aus dem *Geschlossenen Handelsstaat* selbst (anders als im *Naturrecht*) nicht klar, ob die Staatsform demokratisch, aristokratisch, monarchisch oder republikanisch sein soll. Jedoch ist seine Volksmacht stärker als in Kants Republikanismus, indem er im *Naturrecht* das Volk als Korrektiv im *Staatsinterdikt* oder Widerstandsrecht vorsieht. Ein solches Korrektiv, zumal es primär auf der Anrufung einer elitären Institution (des Ephorats) fußt, macht keine Selbstgesetzgebung aus, aber impliziert einen gestiegenen Einfluss des *demos*. Dass sich weder Fichtes geschlossener Handelsstaat noch seine institutionellen Vorschläge im 19. Jahrhundert durchsetzen konnten, zeigt, dass mit der Aufwertung des Demokratiebegriffs keine

154 Vgl. Bielefeldt: Kant's Philosophy of Freedom, S. 552f.; Maus: Justiz als gesellschaftliches Über-Ich, S. 213. Maus folgert, dass Menschenrechte nur aus einer demokratischen Gesetzgebung resultieren können.

Ausweitung der Partizipationsintensität oder der Freihandelskritik, sondern nur eine Ausweitung des Wahlrechts einhergeht. So geht zwar die Aufwertung des Demokratiebegriffs in Deutschland in den 1790ern auf einige deutsche Jakobiner sowie Schlegel und Fichte zurück. Das moderne Demokratieverständnis basiert aber vor allem auf der Elitetheorie Kants, die mehrere undemokratische Filtermechanismen einbaut und vorrangig eine Herrschaft nach besitzbürgerlichen Prinzipien bedeutet.

Somit setzt sich auch in Deutschland die *Demokratie* als positive Norm bis 1800 nicht durch. Aber einige philosophische Diskursteilnehmer (wie Schlegel oder Fichte) werten den Begriff der *Demokratie* und der *Republik* auf, aber ohne, dass sich einer davon politisch durchsetzen kann, womit die deutsche Debatte den anderen revolutionären Diskursen hinterherhinkt. Und es gibt einige der egalitären Partizipation förderliche Ansätze, die die Diskursverlierer angeben, die graduell demokratischere Alternativen zur hier noch klar antidemokratischen Repräsentation bieten – wie Fichtes Fokus auf soziale Gerechtigkeit und positiver Handlungsfreiheit. Gleichwohl setzt sich in Deutschland die antidemokratische Strömung durch, deren Anhänger, wo sie sich republikanisch gerieren, wie Kant, im Nachhinein zu Demokraten gemacht werden. Dabei muss Fichtes Ephorat als tribunizische Institution antiquiert wirken im Vergleich zur modernen Gewaltenteilung, zumal Ephorat und *Staatsinterdikt* als reflexive Kontrolle gedacht sind und als polizeiliche Prävention von unten einen Sicherheitsstaat generieren. Gerade Fichtes Modell einer rigiden Planwirtschaft muss aber in Unfreiheit umschlagen. Gleichwohl ist es Fichtes Intention, wie Jörke bilanziert, eine kollektive Handlungsmacht zu generieren, gekoppelt an ökonomische Mindeststandards. Damit ist Fichte egalitärer, partizipatorischer und demokratischer als Kant. Fichte setzt demokratisch-republikanische Gemeinwesen in Abhängigkeit zu ökonomischen Kriterien. So ist es folgerichtig, dass die Ökonomie der staatlichen Kontrolle unterworfen werden muss, selbst wenn man Fichte nicht ins Extrem folgt. Er zeigt einen möglichen Sinn von staatlich gelenkten Redistributionsmechanismen: politische Freiheit und Gleichheit.¹⁵⁵

155 Vgl. Jörke: Die Größe der Demokratie, S. 189-196.

